

# Aigner/Schummer: Neue Dynamik für Ausbildung

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB  
Redaktion:  
Dr. Christiane Schwarte (030) 227-5 23 60  
Alexander Görlach (030) 227-5 48 06  
Verena Herkenhoff (030) 227-5 53 75  
Telefax (030) 227-5 66 60  
fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

Zur heutigen Beratung des Berufsbildungsberichts 2006 im Bundeskabinett erklären die Bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ilse Aigner MdB, und der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Berufliche Aus- und Weiterbildung, Uwe Schummer MdB:

Der Ausbildungspakt hat sich bewährt. Die Wirtschaft hat in den letzten zwei Jahren ihre Selbstverpflichtung erfüllt. Im letzten Jahr haben Kammern und Verbände 63.400 neue Ausbildungsplätze eingeworben und rund 40.000 Betriebe erstmals für Ausbildung gewonnen. Dennoch zeigt der neue Berufsbildungsbericht, dass es weiterer Anstrengungen bedarf. Insgesamt wurden im letzten Ausbildungsjahr 550.180 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Das sind vier Prozent weniger als im Vorjahr.

Der Ausbildungspakt braucht eine neue Dynamik. Aus diesem Grund haben die Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Der Antrag unterstützt die neue Strukturinitiative von Bildungsministerin Dr. Annette Schavan und fordert die beschleunigte Umsetzung des seit 2005 in Kraft getretenen neuen Berufsbildungsrechtes. Ausbildungsberufe sollen vermehrt als Stufenausbildungen ausgestaltet werden. Auszubildende, die eine zweijährige Ausbildung, etwa zum Krankenpflegehelfer, absolviert haben, sollen bei erfolgreichem Abschluss die

Möglichkeit haben, die bisherige Ausbildungszeit auf Berufe mit dreijähriger Ausbildungszeit voll anrechnen zu lassen. Auf diese Weise soll die Möglichkeit geschaffen werden, Niedriglohnsektor auch ohne Hauptschulabschluss in andere Berufsgruppen weiter zu entwickeln. Damit wird gerade praktisch begabten Jugendlichen eine Perspektive gegeben. Berufsausbildungen werden für Hauptschüler wieder geöffnet. Ferner bietet das neue Berufsbildungsrecht verbesserte Regelungen zur Verbundausbildung von Betrieben.

Notwendig ist die Vernetzung von Aus- und Weiterbildung. Deshalb hat die Koalitionsvereinbarung eine weitere parlamentarische Initiative zum Bildungssparen und zum lebenslangen Lernen aufgenommen, die die Unionsfraktion noch vor der parlamentarischen Sommerpause aufgreifen wird.